Die Gewerkschaft.

Organ für die wirthschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Verlag, Expedition und Redaktion: **Berlin W. 57, Bülowstr. 21.** — Telephon: Amt 9, Nr. 6488. — **Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.** Redaktionsschluß: 8 Tage vor dem Erscheinen.

Motto: **Staats- und Gemeinde-Betriebe sollen Musterinstitute sein.**

Bezugspreise. Durch die Post (Zeitungspreisliste Nr. 7028) ohne Bestellgeld 0,80 Mk. vierteljährlich, unter Streifband 1,00 Mk. Einzelnummer 0,20 Mk. **Anzeigen.** Die dreigespaltene Petitzeile 30 Pfg.; bei Wiederholung billiger; für die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pfg.

Nr. 1. | **Berlin, den 10. Januar 1902.** | **6. Jahrg.**

Die Geschäftsstelle der „Gewerkschaft" und das Verbands-Bureau befindet sich jetzt:

Berlin W. 57, Bülowstraße 21, Hof part.

Telephon: Amt IX, Nr. 6488.

Unterstützung, lokale oder zentrale?

Bei der Erörterung der neuen Statuten-Vorlage ist auch in einigen Filialen unseres Verbandes die Frage aufgetaucht, ob es denn überhaupt nothwendig sei, daß unsere Organisation Unterstützungen an ihre Mitglieder gewähre. Man hat sich hier und da überhaupt gegen die Einführung irgend welcher Unterstützungszweige ausgesprochen, indem man betonte, daß unser Verband eine gewerkschaftliche Organisation und keine Unterstützungsvereinigung sei.

Thatsache ist es, daß in früheren Jahren durchgängig fast alle deutschen Gewerkschaftsorganisationen dem Unterstützungswesen feindlich gegenüber standen. Man wollte „Kampfesorganisationen" und keine Unterstützungsvereine haben. Im Laufe der Jahre ist dann aber eine ganz grundsätzliche Wandlung der bezüglichen Anschauung eingetreten. Nach und nach sah man ein, daß das Wort von der „Kampfesorganisation" nur eine leere Phrase war, indem wirkliche Kampfesorganisationen ohne Unterstützungs-Einrichtungen garnicht existiren können. Man hatte die Masse der Arbeiter vollkommen falsch eingeschätzt, indem man glaubte, daß sie sich aus reinen Idealen der Organisation anschließen würde. Das geschah jedoch nicht. Trotzdem Tausende von Agitations-Versammlungen arrangirt wurden, man die besten Redner aufbot, blieb alles beim Alten. An der einen Stelle nahm man 100 neue Mitglieder auf, an der anderen schieden eben soviel wieder aus. Taubenschlägen glichen die Organisationen, ein größerer fester Mitgliederstamm war nicht aufzuweisen, fortwährend kamen und gingen die Mitglieder. Man hatte übersehen, daß auch die Masse der Arbeiter sich bei ihren Handlungen mehr oder weniger vom Egoismus leiten läßt. Für jeden Groschen, den der Arbeiter einzahlt, will er sofort greifbare materielle Vortheile haben und da die damaligen Organisationen den Arbeitern solche nicht boten, so kehrte er den Rücken. Die erste Frage war stets: „Was bieten uns die Organisation?" „Was bekomme ich, wenn ich derselben beitrete". — Mit der Hand voll Arbeitern, die aus Idealen sich der Organisation angeschlossen hatte, konnte man nichts anfangen, das Unternehmerthum lachte die paar Männeken aus. Die Masse mußte man also haben, wollte man den Unternehmern imponiren und ihnen Zugeständnisse abringen. Nur mit der Masse konnte man siegreich operiren. Darum ging man an, es den englischen gewerkschaftlichen Verbänden und der deutschen Buchdruckerorganisation nachzumachen, indem man begann, das Unterstützungswesen zu kultiviren. Nach und nach führte man die verschiedensten Unterstützungszweige ein und die Organisationen gewannen an Größe und Stabilität.

So ist denn heute auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht nur die Nützlichkeit, sondern auch die Nothwendigkeit von Unterstützungs-Einrichtungen innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation durchgängig anerkannt. Werden hier und da noch einmal gegentheilige Meinungen laut, so sind diese nur als ein Rückfall in ein schon überwundenes Stadium zu betrachten.

Darum sieht es also auch für unseren Verband fest, daß er das Unterstützungswesen pflegen muß, wenn er eine bedeutungsvolle Organisation werden will.

Die meisten Verbände haben nun die Arbeitslosen-Unterstützung als den hauptsächlichsten Unterstützungszweig zur Einführung gebracht. Bei uns kommt die Arbeitslosen-Unterstützung nicht in Frage (Sieh. Nr. 25 der „Gewerkschaft"), weshalb wir einen anderen Zweig des Unterstützungswesens kultiviren müssen. Dieser Zweig ist die Kranken-Unterstützung. Während für die gelernten Arbeiter durchgängig zentralisirte Hilfskassen existiren, sind solche für die Gemeinde-Arbeiter nicht aufzuweisen und sind diese daher auch in ihrer großen Mehrzahl nicht doppelt gegen Krankheit versichert.

Darum thut ihnen gerade eine Unterstützung in Krankheitsfällen sehr noth, da die Sätze, welche die von den Zwangs-Krankenkassen beziehen, durchgängig ungenügend sind.

Gewiß werden auch Simulanten die eventuelle Unterstützungseinrichtungen ausnützen. Das wissen wir. Bei der Arbeitslosen-Unterstützung ist das aber auch möglich. Wir unterschätzen keineswegs das Simulantenthum, aber wir wollen es auch nicht überschätzen. Wären soviel Simulanten aufzuweisen, wie man z. B. in der Filiale Berlin I (Anstalt Müllerstraße) behauptet, dann könnte insbesondere gar keine Hilfskasse existiren. Andererseits: Wenn sich wirklich in der genannten Gasanstalt das Simulantenthum besonders breit gemacht hat, was wir gern glauben wollen, warum tritt man denn gegen diese Schwindler nicht ganz energisch auf? Der Vorstand der Betriebskrankenkasse ist in unseren Händen, die beiden angestellten Kontrolleure sind alte Verbandskollegen, die werden schon dafür sorgen, daß die Krankenkassen-Piraten entlarvt werden. Allerdings, man muß ihnen diese Personen mittheilen, damit sie scharf beobachtet, vom Vertrauensarzt untersucht und eventuell wegen Betrugs bestraft werden können. Macht man die Kassenleitung von solchen Personen keine Mittheilung, so fördert man indirekt das Simulantenthum und hat dann auch kein Recht, sich über dasselbe zu beschweren.

Ferner müssen wir bei der eventuellen Einführung der Krankenunterstützung im Verband durch eine längere Karrenzzeit ꝛc. dem Simulantenthum entgegen wirken. In der Statuten-Vorlage ist eine Karrenzzeit von 26 Wochen vorgeschrieben; außerdem soll erst von der 2. Woche der Krankheit an Unterstützung gezahlt werden. Diese Bestimmungen können eventuell noch verschärft werden, der Verbands-Vorstand ist dem nicht abgeneigt.

Ferner wird behauptet, unser Verband sei der einzige, der Kranken-Unterstützung zahlen will. Angenommen, das wäre selbst so, würde dieses etwa gegen die Einführung der Kranken-Unterstützung sprechen? Nein, nie und nimmer! Unsere Organisation beruht auf einer anderen Grundlage, als wie die der sonstigen Verbände; daher kommt namentlich die Arbeitslosen-Unterstützung auch nicht für uns in Frage. Deshalb brauchen wir auch nicht ohne Weiteres sofort alles nachäffen, was die anderen Verbände vorgemacht haben. Ferner ist es aber auch garnicht wahr, daß andere Verbände keine Kranken-Unterstützung zahlen. Die Verbände der Bildhauer, Buchdrucker, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter, ferner Glasarbeiter, Glaser, Graveure, Handels- u. Transportarbeiter, Handschuhmacher, Hutmacher, Konditoren, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Lithographen, Porzellanarbeiter, Zigarrensortirer ꝛc. haben die Kranken-Unterstützung eingeführt. 656026 Mk. gaben sie nach dem Bericht der General-Kommission im Jahre 1900 für die Unterstützung erkrankter Mitglieder aus.

Weiter muß aber noch betont werden, daß auch bereits in den anderen Verbänden die Frage öfters angeschnitten wurde, ob sie nicht auch die Kranken-Unterstützung einführen und die freien Hilfskassen beseitigen sollten.

Dann ist ferner von einigen Filialen der Vorschlag gemacht worden, die Unterstützung der Kranken den Filialen nach ihrem Ermessen zu überlassen, also die Frage der Kranken-Unterstützung nicht zentral, sondern lokal zu regeln. Dieser Vorschlag ist keineswegs neu, sondern vor mehreren Jahren hatten wir bereits in unserm Verbande eine derartige Regelung des Unterstützungswesens eingeführt, machten aber mit dieser Regelung vollständig Fiasko. Mehrere Jahre hindurch hat das lokale Unterstützungswesen in unserer Organisation geherrscht, der Verband führte aber mit dieser Regelung die traurigsten Erfahrungen herbei. Eine ganze Reihe von Filial-Vorständen besaß nicht die Geschicklichkeit, eine vernünftige Regelung des lokalen Unterstützungswesens durchzuführen. Die unsinnigsten Beschlüsse wurden gefaßt, welche nicht nur zu großen Streitigkeiten innerhalb der Filialen, sondern in einer ganzen Reihe von Fällen zum gänzlichen Zusammenbruch derselben führten. Gewiß hat es auch eine ganze Anzahl von Filialen gegeben, die mit großer Geschicklichkeit das lokale Unterstützungswesen regelten und handhabten. Solche Filialen wird es auch in Zukunft geben; aber nicht alle haben hierzu die nothwendigen Fähigkeiten. Wir denken noch mit einem gewissen Schaudern an jene Zeiten zurück, wo das Unterstützungswesen lokal geregelt war. Der Verbands-Vorstand hatte sich unablässig mit den ausgebrochenen Differenzen zu beschäftigen und trotzdem verschwanden einst blühende Filialen gänzlich von der Bildfläche. Die Mitglieder, welche mit der getroffenen lokalen Regelung nicht einverstanden waren, wandten sich an den Verbands-Vorstand. Griff dieser nun ein, so hieß es einfach: „Ihr habt Euch um unser Unterstützungswesen überhaupt nicht zu kümmern, das ist nach dem Statut lediglich unsere Angelegenheit." Griff der Verbands-Vorstand nicht ein, so sagte man: „Zu was haben wir denn eigentlich einen Zentral-Vorstand." Aber nicht nur fortwährende Streitigkeiten waren aufzuweisen, sondern man griff einfach die Gelder des Verbands-Vorstandes an, wenn die lokalen Mittel zur Befriedigung der festgesetzten Unterstützungen nicht ausreichten. Der Verbands-Vorstand bekam überhaupt keine Gelder. Man schrieb bei der Quartals-Abrechnung: „Wir können für das verflossene Quartal keine Beiträge an den Verbands-Vorstand abführen, da wir die ganzen Gelder für Unterstützung brauchten." Die betreffenden Filialen betrachteten ihr Verhältniß zu dem Verbande als ein sehr loses und führten Gelder für den Verband nach ihrem Belieben ab. Drang der Verbands-Vorstand auf Erfüllung der statutarischen Pflichten und drohte eventuell mit dem Abbruch der Beziehungen, so erklärten diese Filialen, daß sie sich dann einfach lokal organisiren und ihnen sowieso an der Zugehörigkeit zum Verbande wenig gelegen wäre. Infolgedessen entwickelten sich einzelne Filialen zu reinen Unterstützungsklubs, für gewerkschaftliche Zwecke geben sie so gut wie gar keine Gelder mehr aus. Die anderen Filialen dagegen, welche ihren statutarischen Verpflichtungen gegenüber dem Verband nachkamen, verlangten wieder vom Verbands-Vorstand, daß er gegen die vorher gekennzeichneten Verwaltungen schärfer vorgehen sollte. — Was nun thun? Der Verbands-Vorstand befand sich in einer äußerst unangenehmen Situation. — Die lokale Regelung förderte andererseits aber auch, wie das eigentlich schon aus dem Vorhergehenden hervorgeht, anti-zentrale Bestrebungen. Man sagte in vielen Filialen: „Wenn wir das Unterstützungswesen selbst regeln müssen, dann brauchen wir auch in gewerkschaftlicher Beziehung keine zentrale Regelung, dann können wir auch diese Dinge lokal ordnen!" „Also hinaus aus dem Verband!"

Es steht daher für uns fest, daß an eine lokale Regelung des Unterstützungswesens garnicht gedacht werden kann. Wir würden hiermit nicht vorwärts, sondern rückwärts gehen. Dieselben den Verband schädigenden Dinge müßten sich einstellen, wie wir sie in der Vergangenheit schon aufzuweisen hatten. Eine Reihe von Filialen würden das Unterstützungswesen in der exakteiten Weise regeln, andere dagegen würden die größten Dummheiten machen, sich zu reinen Unterstützungsklubs heranbilden, den gewerkschaftlichen Geist zurückdrängen, lokale gewerkschaftliche Tendenzen fordern und keine Beiträge an die Zentrale abführen. Der endgültige Zusammenbruch dieser Filialen wurde die Folge der lokalen Regelung des Unterstützungswesens sein. Man braucht sich nur einmal die Quartals-Abrechnungen durchzusehen, die einzelnen Filialen einsenden und man wird sofort zu der Ueberzeugung gelangen, daß diese Filialen nicht die Fähigkeit besitzen, selbständige Regelungen zu treffen. — Das Unterstützungswesen muß also soll der Verband nicht leiden, möglichst auf zentraler Grundlage geregelt werden, wozu die Statuten-Vorlage des Verbands-Vorstandes dient. — Wir sind in früheren Jahren wiederholt öffentlich für die lokale Regelung des Unterstützungswesens eingetreten; die nackten Thatsachen haben es jedoch bewiesen, daß eine solche Regelung nur den Verband schädigt. Daher müssen wir heute die entgegengesetzte Meinung vertheidigen.

Br. Poersch.

Die Lage der Gasarbeiter in Hamburg.

In der 34. Sitzung unserer Bürgerschaft am 27. November d. J. wurde gelegentlich der Budgetdebatte durch den Genossen Stolten die öffentliche Aufmerksamkeit u. A. auch auf die Lage der Gasarbeiter gelenkt. Neben der Unzulänglichkeit der Löhne der hiesigen staatlichen Arbeiter im Allgemeinen betonte Genosse Stolten auch die übermäßig lange, sich auf zwölf Stunden belaufende Arbeitszeit der Retortenarbeiter im Besonderen.

Das Bürgerschaftsmitglied, Herr Beit, sprang darauf, für die Direktion der Gaswerke in die Bucht und behauptete Folgendes: Die Arbeiter arbeiten innerhalb 12 Stunden nur 5 Stunden, 7 Stunden seien Ruhezeit. Man habe die achtstündige Arbeitszeit abgelehnt, weil diese für den Betrieb ungeeignet sei, da in acht Stunden nicht das geleistet werden könne, wie in zwölf Stunden. Bei einer achtstündigen Arbeitszeit würden die Arbeiter in der Freizeit noch andere Arbeiten verrichten (nach Stumm verdummeln sie ja bekanntlich) und das sei im Interesse des Betriebes nicht erwünscht. Herr Beit giebt zu, daß die Arbeit eine schwere sei, dafür erhalten sie aber auch 5,80 Mk. Lohn.

Diese Darstellung der Verhältnisse hat unter den Gasarbeitern Barmbecks und denen vom Grasbrook, bekanntlich unsere beiden größten Gaswerke in Hamburg, eine große Erregung hervorgerufen und der Schreiber dieses wurde von Seiten des Verbandes der in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter mit einer schleunigen Erhebung und Darstellung der thatsächlichen Verhältnisse auf Grund von Informationen durch die Arbeiter selbst betraut. Im Folgenden sollen nun das gewonnene Material, sowie auch die Beschwerden und Wünsche der Arbeiter bekannt gegeben werden.

Die Arbeitszeit der Retortenarbeiter ist in der Barmbecker Anstalt planmäßig so geregelt:

Tagesschicht:

1. Tour: Von 6 Uhr Morgens bis 4^{48} Uhr Abends;
2. „ „ 7^{12} „ „ „ 6 „ „

Nachtschicht:

1. Tour: Von 6 Uhr Abends bis 4^{48} Uhr Morgens;
2. „ „ 7^{12} „ „ „ 6 „ „

Auf dem Gaswerk Grasbrook ist der Dienst einfach von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends für die Tagschicht und von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens für die Nachtschicht eingerichtet. Beide Gaswerke führen gemeinsam die Bestimmung, daß die Betriebsarbeiter (Stoker, Heizer, Steigerohrereiniger (Sprengler), Kohlenschieber und Koksstieber (slopper) während dieser vorbezeichneten Zeiten den Betrieb nicht verlassen dürfen und nach den Dienstplänen beider Anstalten soll auf je 1 Stunde 12 Minuten Arbeit eine ebenso lange Pause für die Retortenarbeiter (stokers) folgen. Das sind zwei sehr wesentliche Bestimmungen und aus der letzteren mag Herr Beit wohl auch seine, allerdings nicht zutreffende Vermuthung geschöpft haben, daß die Retortenarbeiter nur 5 Stunden arbeiten.

Zerlegen wir den Dienst, z. B. der ersten Barmbecker Tour, in Arbeit und Pause, so giebt die Sache so aus:

6 — 7^{12}	Uhr Arbeit	7^{12} — 8^{24}	Uhr Pause
8^{24} — 9^{36}	„ „	9^{36} — 10^{48}	„ „
10^{48} — 12	„ „	12 — 1^{12}	„ „
1^{12} — 2^{24}	„ „	2^{24} — 3^{36}	„ „
3^{36} — 4^{48}	„ „		Schluß.

Das ergiebt (5 × 1 Std. 12 Min.) 6 Stunden Arbeit und (4 × 1 Std. 12 Min.) 4 Stunden 48 Min. Pause. Auf dem Grasbrook liegt die Sache noch ungünstiger, indem die Leute die 12 Stunden voll (6—6) im Betriebe sein müssen. Die vorbezeichneten Pausen aber stehen auf dem Dienstplan, d. h. auf dem Papier! In Wirklichkeit werden nämlich die Pausen mit Arbeit ausgefüllt!

Die Arbeit der sogenannten Pausen besteht darin, die Vor- und Nacharbeiten für die dienstplanmäßige Arbeit zu verrichten, Öfen setzen, Koaks abklöschen, Kohlen aufschaufeln 2c. Das sind indessen doch nur Kleinigkeiten, die vielleicht nur eine halbe Stunde der „Pause" beanspruchen. Die Hauptarbeit besteht in der Beseitigung der ständigen Verstopfungen der Aufsteigerohre. Eine ebenso unangenehme als zeitraubende und anstrengende Arbeit. Da diese Verstopfungen fast ständig bei jedem Retortenlager vorkommen, bleibt von der „Pause" im Allgemeinen blutwenig übrig. Kaum daß die Leute Zeit gewinnen, das Hemd zu wechseln, was sich infolge der enormen Hitze allstündlich nothwendig macht und etwas zu essen. Von einer ausgiebigen Ruhe ist durchaus keine Rede. Auf dem Grasbrook werden die „Pausen" noch außerdem durch das Kohlenschieben und Koksstieben angenehm ausgefüllt.

So betrachtet, ergiebt sich auf dem Barmbecker Gaswerk eine fast sieben- bis zehn- und auf dem Grasbrook gar eine fast zwölfstündige Arbeitszeit! Das unterscheidet sich von Herrn Beit's Darstellungen in der Bürgerschaft ganz erheblich.

Unser Bild würde indessen unvollständig bleiben, wenn wir nicht der mundlosen Arbeitsweise Erwähnung thäten. Die Arbeit ist schwer, das hat Herr Beit schon zugestanden. Damit ist aber noch nicht genügend gesagt. Ohne uns hier auf eine technische Darstellung der Gasbereitung einzulassen, sei zunächst nur angedeutet, daß die Retortenarbeiter oder stokers, wie sie für gewöhnlich genannt werden, in Kolonnen à 3 bis 5 Mann arbeiten und 18 bis 20 Retorten zu bedienen haben. Die Bedienung der Retorten besteht in der Auffüllung der Kohlen und wenn diese vergast sind, muß der zurückgebliebene Zinder herausgerissen werden. In den Oefen wird eine Hitze bis 1000 Grad entwickelt. Man kann sich vorstellen, daß vor den Oefen eine Temperatur von 40 bis 60 Grad herrscht, die sich im Sommer noch entsprechend steigert und außerdem noch erhöht wird, wenn wie in Barmbeck, die Retortenarbeiter zwischen zwei Feuern arbeiten müssen. Die Kohlen werden vermittelst einer eisernen Mulde, deren Eisengewicht 56 Kilogramm beträgt, in die Retorten geladen. Das Gewicht der Kohlen dürfte sich pro Ladung auf 165 Kilogramm belaufen. Die Barmbecker Mulden sind größer und schwerer. Diese Lasten werden, wie in Barmbeck, von drei Mann wohl 18 mal stündlich gehoben.

In Barmbeck sind z. B. die Koakshaken zum Herausziehen der Zinder so schwer, daß eine herkulische Kraft dazu gehört, um sie zu rezieren, was um so schwieriger wird, je heißer sie werden. Das Ausstoßen des Retortengraphits aus den Retorten erfordert ebenfalls erheblichen Kraftaufwand. Auf dem Grasbrook müssen die Retortenarbeiter, wie schon erwähnt, ihre Kohlen in Schiebkarren selbst auf eine Entfernung bis 150 Meter heranfahren und den Koaks hinaus schaffen, was in Barmbeck durch die Kohlenschieber und Koaksstieber gemacht wird. Darin liegt, da so eine Schiebkarre mit Ladung zirka 5 Zentner wiegt, doch eine gewaltige Arbeitsleistung. Schon beim einfachen Verweilen vor den Feuern bricht der Schweiß aus allen Poren. Die Arbeitshemden sind infolgedessen allstündlich so durchnäßt, als ob sie im Wasser gelegen hätten und müssen deshalb getrocknete Reservehemden (natürlich auf Kosten der Arbeiter) bereit gehalten werden. In hygienischer Beziehung wirkt die Arbeit vor den Retorten sehr schädlich auf den menschlichen Organismus. Darum sind auch die bereits gekennzeichneten sogenannten Pausen — auf den Dienstplänen — eingeführt.

Die während der Verbrennung erzeugten Gase und Dämpfe füllen naturgemäß das ganze Feuerhaus und an regnerischen und nebeligen Tagen können dieselben nur schwer entweichen. Die Arbeiter müssen solche Dünste mit einathmen. Wenn nach dem Vergasungsprozeß die Koaksrückstände aus den Retorten gezogen worden sind, was ohne kolossale Staubentwickelung nicht abgeht, müssen diese glühenden Massen durch Wasser abgelöscht werden. Es steigen dadurch neue Dampf- und Dunstwolken auf. Ein ununterbrochener Brechreiz ist bei Vielen davon die Folge. Das stetige Hineinblicken in die weißen Gluthen ruinirt natürlich die Augen, und wenn z. B. ein Mann eine Retorte schließt und sich nachdem umdreht, ist er nicht im Stande, die zunächst stehenden Personen oder Gegenstände mit seinen Augen wahrzunehmen, wodurch wieder die Unfallgefahr erhöht wird. Auf dem Grasbrook müssen noch obendrein die Leute direkt aus dieser Höllengluth mit durchnäßtem Körper in Zugluft, oder in den Frost oder kalten Regen hinaus, nur angethan mit Arbeitshemd und Hose, um die Kohlen heranzuholen. Daß durch solche Methode rheumatische Leiden und andere Erkältungskrankheiten über alle Maßen entstehen, bedarf weiter keines Nachweises. Es ist also kein Wunder, daß Gasinhalationskrankheiten, Erkältungen, Rheumatismus 2c. in bunter Folge abwechseln. Nach alledem wird man in der Lemenschlichkeit es wohl verstehen, daß nur ganz besonders widerstandsfähige Organismen auf diesen schädlichen Einwirkungen längere Zeit ausgesetzt werden dürfen, und man wird es begreiflich finden, wenn ganz kräftige und gesunde Männer, die im Herbst in ein Gaswerk eintreten, im nächsten Frühjahr zu einem wahren Skelett abgemagert sind. Oft genug kommt es auch vor, daß Arbeiter bald nach aufgenommener Arbeit unter deren außergewöhnlichen Last mit dem Krampf in allen Muskeln einfach zusammenbrechen.

Im Anschluß hieran sei der

Arbeitszeit und Arbeitsweise der Heizer

Erwähnung gethan. Deren Dienstplan sieht z. B. für Barmbeck so aus:

Von Mrgs. 5^{30} — 7^{12}	Uhr Arbeit,	v. 7^{12} — 8	Uhr Pause
„ „ 8 — 9^{36}	„ „	„ 9^{36} — 10^{48}	„ „
„ „ 10^{48} — 12	„ „	„ 12 — 12^{55}	„ „
„ Mtgs. 12^{55} — 2^{24}	„ „	„ 2^{24} — 3^{36}	„ „
„ Nachm. 3^{36} — 4^{48}	„ „	„ dann Schluß.	

Das steht auch nur, wohlgemerkt, auf dem Papier, in Wirklichkeit wird von 5^{30} bis 9^{45} Uhr Vormittags ohne Unterbrechung gearbeitet, höchstens bleiben mal 10 Minuten für das Frühstück. Die weiteren vorgesehenen Ruhepausen werden durch Schlacken- und Asche-Transport ausgefüllt, und zumal bei den frischen Oefen (die eben nach einer Reparatur im Betrieb gesetzt werden) verschwinden die Ruhepausen gänzlich. Enorme Hitze vor den Feuerungen, Asche, Staub, Dünste vom Ablöschen der glühenden Schlacken, giftige Gase, Temperaturwechsel beeinflussen hier ebenso schädlich den Organismus, wie schon oben geschildert.

Auf dem Grasbrook liegt die Arbeit der Heizer folgendermaßen:

von 6 — 8	Uhr Arbeit	v. d. Feuer, dann	$\frac{1}{2}$ Stunde Pause
„ $8\frac{1}{2}$ — 10	„ „	„ „ „	1 „ „
„ 11 — 1	„ „	„ „ „	$\frac{1}{2}$ „ „
„ $1\frac{1}{2}$ — 3	„ „	„ „ „	Wechselschieben 2c. bis 6 Uhr.

Die Pausen werden auch hier durch verschiedene Nebenarbeiten nützlich ausgefüllt, besonders durch die in der Natur der Sache liegenden Feuerwachen, die abwechselnd versehen werden.

Im Uebrigen ist der Dienst wie oben.

Die Arbeit der Kohlenschieber

ist ebenfalls keine leichte. Man vergegenwärtige sich, wie einem Manne zu Muthe ist, der in einem Arbeitstage seine 70—75 Karren voll Kohlen im Gewichte von je fünf Zentnern auf längere Entfernungen geschoben und dabei das Schaufeln und Instandhalten der Kohlenberge selbst besorgt hat. Die Kohlenschieber müssen zwischendurch die Koaksstieber ablösen und so ihre eigene infolgedessen liegen gebliebene Arbeit durch größere Anstrengungen wieder nachholen.

Hier sei gleich auf eine Sparpraxis aufmerksam gemacht. Die Kohlenschieber auf dem Grasbrook arbeiten mit den Stokern in einer Kolonne, sie müssen die nämliche Arbeit wie jene verrichten — nur ihr Lohn ist geringer.

Die Arbeitszeit der Aufsteigerröhrenreiniger, Kohlenschieber und Koaksstieber ist von 6—6 Uhr festgesetzt mit den sonst üblichen Pausen von je zwei halben und einer ganzen Stunde. Den Betrieb dürfen sie aber, wie schon gesagt, nicht verlassen.

Auf dem Grasbrook haben die Koaksstieber keine Frühstücks-, keine Mittags- und keine Vesperpause. Wenn sie Zeit zum Essen gewinnen wollen, müssen sie sich gegenseitig ablösen und die Weiterarbeitenden müssen um so fester zufassen.

Der Dienst der Platzarbeiter

liegt allerdings geregelter. Von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr, $\frac{1}{2}$ Stunde Frühstücks- 1 Stunde Mittags- und $\frac{1}{2}$ Stunde Vesperpause. Sonntags ist für sie gewöhnlich Ruhe. Sie hätten also in der Regel mit sechs Arbeitstagen à 10 Stunden zu rechnen. Die Platzarbeiter dürfen, wenn sie wollen, Mittags nach Hause gehen, aber die wenigsten können — besonders auf dem Grasbrook — infolge der großen Entfernungen davon Gebrauch machen. Die Platzarbeiten sind zwar weniger anstrengend und gesundheitsschädlich als die Betriebsarbeiten, doch auf einen erheblichen Mißstand, über den auf dem Grasbrook schon seit Jahren Klage geführt wird, muß noch hingewiesen werden. Es handelt sich um das Aussieben und Aussuchen von Zinder, Schlacken 2c. Das ist sogenannte „leichte Beschäftigung", die den Betriebsinvaliden (durch Unfall oder Krankheit mehr oder minder erwerbsunfähig Gewordene) zugewiesen wird. Das Aussuchen muß mit den bloßen Händen oder richtiger Fingern, gemacht werden, und zwar unter freiem Himmel. Die Leute sind im Sommer der Sonnengluth, sonst Sturm und Regen, im Winter Frost, Regen und Schnee ausgesetzt. Kein Schutzdach, keine Schutzwand existirt. Jetzt gerade in dieser Jahreszeit frieren diesen Leuten Finger, Hände und Arme geradezu steif. Da sind Personen darunter, welche eben aus dem Krankenhause mit noch geschwächter Gesundheit entlassen sind. Die Leute sollen gesunden, indem sie von Wind und Wetter geschüttelt, bis auf die Haut durchnäßt, den ganzen Tag ausdulten müssen! Als Nebenarbeit kommt hier das Fortschieben der Schlacken und Zinder in Karren in Betracht. Diese Arbeit können natürlich nur die Rüstigeren unter den Invaliden besorgen und stellt sie eine volle Arbeitsleistung dar. Diese Arbeiten werden in Akkord ausgeführt und werfen z. Z. das fürstliche Einkommen von 12—15 Mk. pro Woche ab. Die Sonntagsruhe der Betriebsarbeiter ist noch ziemlich vorsündflutlich: alle drei Wochen 36 Stunden volle Ruhe! Als Gegengewicht dazu erscheint der wöchentliche Wechseltag mit achtzehn Stunden schwerer Arbeitsleistung!

Zum Schluß die Lohnverhältnisse.

Es erhalten auf beiden Gewerken:

Retortenarbeiter (stoker) . .	5,50 Mk.	Tagelohn	an 7 Tagen i. d. Woche
Heizer	4,90 „	„	
Steigröhrenreinig. (spengler)	4,30 „	„	
Kohlenschieber	4,— „	„	
Koaksstieber (slopper) . . .	4,— „	„	

Der dritte (freie) Sonntag wird bezahlt.

Die Platzarbeiter erhalten 3,80 Mk Tagelohn, unter Fortfall des Sonntags, macht demnach ein Wochenverdienst von (6 × 3,80) 22,80 Mk. Dieses Lohneinkommen wird zeitweilig durch das im Akkord abwechselnd vorgenommene Kohlenlöschen etwas verbessert. Das also sind die hohen, auskömmlichen Löhne der Gasarbeiter, von denen Herr Beit sprach! Wo sind nun die Lohnsätze von 5,80 Mk? Herr Beit wird sich wohl geirrt haben oder er ist falsch unterrichtet worden. In Anbetracht der dafür zu leistenden Arbeit und der fortgesetzt im Preise steigenden Lebensmittel und Mietbepreise erscheinen diese Löhne gewiß sehr aufbesserungsbedürftig und die scharfen Worte der Kritik des Genossen Stolten in der Bürgerschaft waren, das wird jeder Einsichtige zugeben, sehr am Platze.

Diese Lohnsätze gelten zwar erst seit 1893. Das ist aber kein Grund, die neueren Bittgesuche der Arbeiter um Besserstellung immer und immer wieder abzuweisen. Die Arbeitszeit muß bedeutend verkürzt werden, und es wäre Pflicht des Hamburgischen Staates, in den Gaswerken unter allen Umständen dem Wunsche der Arbeiter nach der Achtstundenschicht mit scharfer Durchführung der Ruhepausen Rechnung zu tragen. Statt dessen sagt man den um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nachsuchenden Arbeitern einfach: „Sehen Sie doch, was die Leute anderwärts verdienen! Und wenn Sie nicht arbeiten wollen, drängen sieben Tausende, die gern nur diesen Lohn dieser Arbeit machen."

Dann erfolgt auch bisweilen der Hinweis auf die Pensionirung der Gasarbeiter. Herr Direktor Rühnell hat zwar einmal in einer Generalversammlung der Betriebskrankenkasse erklärt, daß von Herrn Paasche seinerzeit $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark für diesen Zweck gestiftet seien und daß alle Arbeiter, die mindestens 10 Jahre im Betriebe thätig gewesen seien, bei eintretender Erwerbsunfähigkeit Anspruch auf reichliche Pensionirung hätten, ohne daß sie selbst irgend welche Beiträge dazu zu zahlen brauchten. Manche Arbeiter sind allerdings pensionirt worden, aber auch manche nicht, die da glaubten, solche Anrechte zu haben.

Das Recht der Gasarbeiter in dieser Beziehung liegt höchst unklar. Man hat noch keinem Arbeiter ein Regulativ, enthaltend die für die Pensionirung geltenden Normen und Grundsätze, vorgelegt. Das ist ein ungesunder Zustand. Der Arbeiter verlangt keine Wohlthaten, sondern Rechte. Mit den Rechten der Gasarbeiter steht es zur Zeit nicht befriedigend aus, die sind in wirthschaftlicher und sozialer Beziehung noch sehr wenig entwickelt. Wenn die Gasarbeiter zur Zeit das wirklich hätten, was Herr Beit von ihnen behauptet, würden sie vorerst beruhigt sein. Daran fehlt jedoch sehr viel. Jahrzehnte lang verharrten die Gasarbeiter in bleierner Lethargie. Keine soziale Strömung, keine Organisation war unter ihnen. Nur, wie 1890, ein konvulsives

Zucken, ein plötzlicher Ausbruch der bergehoch gethürmten Unzufriedenheit. Die Sklaven rissen an den Ketten und sprengten auch einige Glieder. Durch Massenentlassungen versuchte man nochmals, sie wieder einzuschüchtern, nur auf daß die Profitgier gesättigt wurde. Nun aber der Staat die Gaswerke selbst betreibt, soll und muß das anders werden. Es liegt aber auch an den Gasarbeitern; alle zusammen müssen mit Hilfe der Organisation unentwegt selbst für ihre Interessen eintreten. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Hch. Bürger.

Zur neuen Statutenvorlage.*)

Unser Verband steht vor einer überaus wichtigen Entscheidung und zwar soll in der Zeit vom 18.—27. Januar die Urabstimmung über das vom Verbandsvorstand und Ausschuß abgeänderte Statut erfolgen. Was war zunächst die Veranlassung zu dieser außergewöhnlichen Handlung? Die Antwort ist leicht, es ist ja auch schon gesagt, nämlich der Zusammenbruch unserer Krankenkasse. Weniger leicht wird aber die Frage zu entscheiden sein, ob § 7 Absatz 6 den Verbandsvorstand zu dieser Maßnahme berechtigt. Ich will an dieser Stelle nicht weiter darauf eingehen, um mich mehr mit den gegebenen Thatsachen befassen zu können. Gegen die Abänderung unserer Titulatur hätte ich, soweit nur die Arbeiter der freien Reichsstädte in Betracht kommen, nichts einzuwenden, ich wäre aber dafür, daß man die Worte „und Unterangestellten" streicht. Diese Leute sind doch gerade unsere Spezialfeinde; sie sind die Kreaturen der oberen Organe und oft genug kann man die Erfahrung machen, daß jene Elemente, wenn sie es durch allerhand Schweifwedeleien zum Vorarbeiter, Obmann oder Aufseher gebracht haben, dem Verbande den Rücken kehren, die Mitglieder abwendig machen usw. Die Unterangestellten, also die nichtetatsmäßigen Beamten, sind gewiß nicht besser, es sei denn, daß die Kollegen in anderen Städten bessere Erfahrungen gemacht hätten, wie wir in Mannheim.

Nun zu den Beiträgen. Es sollen 3 Klassen eingeführt werden und nur die Mitglieder, welche die Qualifikation zur 1. Klasse haben, sollen unterstützungsberechtigt sein. Ich habe gegen diese Klasseneintheilung nicht im eigenen, wie ich ausdrücklich bemerke, sondern aus Verbandsinteresse gewichtige Bedenken.

1. Schafft man Ausnahmebestimmungen, alle Kollegen, die aus irgend einem Grunde nicht als vollkräftig gelten können, werden in die 2. und 3. Klasse gedrängt. Der Verbandsvorstand glaubt dadurch einerseits die Unterstützungskasse lebensfähig zu machen, andererseits unter den Mitgliederbestand ein stabiles Verhältniß bringen zu können. Ob er sich nicht täuscht?! Meines Erachtens werden ihm die Zurückgesetzten die Worte des Dichters zurufen: Alle Menschen gleich, sind ein adelig Geschlecht. Wir wollen keinen über uns und keinen unter uns. Im Verbande wenigstens sind wir alle gleich; wenn sie dann austreten, was dann?

2. Uebernimmt der Verbandsvorstand wieder Pflichten, die er nicht wird einlösen können. Angenommen, die erstklassigen Mitglieder zahlen pro Woche 25 Pf., macht das Jahr 52 × 25 = 13 Mk.; davon bleiben 20 pCt. am Platze, bleiben für die Verbandskasse noch 10 40 Mk. Nun nehmen wir weiter zum Exempel 100 Mitglieder, diese leisten an die Hauptkasse 1400 Mk. Davon werden nur 50 krank, sie beziehen Jeder nur 20 Mk., so macht das eine Summe von 1000 Mk., also bald soviel wie die Hundert eingezahlt haben. Ich glaube aber, daß die Durchschnittsziffer höher sein wird. Wenn dann die Mittel zu Ende sind, wird der Verbandsvorstand die Kasse immer noch zu halten suchen; er wird die Gelder der Mitglieder 2. und 3. Klasse verwenden und dafür werden sich letztere (immer nur vorausgesetzt, daß welche da sind) mit vollem Recht bedanken. Ich kenne die Versicherungstechnik und möchte vor einem ähnlichen Fiasko warnen, das wohl geeignet wäre, den Verband auf das Schwerste zu schädigen.

Ich möchte des Weiteren noch darauf hinweisen, daß gerade die Krankengeldzuschußkasse aus den oben erwähnten Gründen die Zahlung einstellen mußte. Nun habe ja auch ich auf der Generalversammlung dafür gestimmt, aber unter ganz anderen Voraussetzungen. Ich hatte beantragt, statistische Berechnungen über die Krankenverhältnisse der städtischen Arbeiter aufzustellen, um eine Grundlage zu gewinnen, wie man Pflichten und Rechte bemessen kann. Mir scheint, daß diese Statistik heute noch fehlt, wenigstens wäre es mir sehr interessant, zu erfahren, welche Berechnungen dieser Vorlage zu Grunde liegen. In dem Artikel über das Ende der Krankenkasse heißt es gewissermaßen als Entschuldigung, daß wesentliche Abänderungsvorschläge nicht gemacht wurden. Ja, hieß es denn nicht, entweder oder, entweder die Vorlage annehmen oder ablehnen, Abänderungen giebt es nicht. Die Zahlstelle III hatte mit 66 Stimmen die Vorlage abgelehnt, trotzdem hieß es im Resultat über die Urabstimmung, Zahlstelle Mannheim III 35 Stimmen dafür, dagegen keine; unser Protest blieb erfolglos. Wäre es denn da nicht besser, einen Kontrolleur nach Berlin zu schicken zur Feststellung des Resultats, als daß sich sämmtliche Zahlstellen einen Vormund bei der Urabstimmung auf die Nase setzen lassen?! Wer ist Genosse Bürger? Ist er Verbandsmitglied und wozu haben wir unsere 2 Sekretäre?

Wundern muß ich mich, daß die Arbeitslosen-Unterstützung so glatt abgelehnt wurde; wo bleibt denn die Begründung, oder giebt es bei uns keine Arbeitslosen? Ferner die 5 Pf. Beitragserhöhung, darüber ist in der Vorlage auch nichts erwähnt. Es sollen 80 bezw. 66⅔ Prozent an die Hauptkasse abgeführt werden, seither nur 50 pCt. Auch dagegen muß ich mich wenden, denn dadurch würden die Filialen nur lahm gelegt. Von was soll denn dann die Agitation betrieben werden? Hatten doch einige Zahlstellen auf der Generalversammlung beantragt, nur 25 pCt. an die Kasse abzuführen, da sie das Uebrige zur Agitation brauchten. Das ging allerdings nicht; daß man uns jedoch ganz rechtlos, gewissermaßen zu Unterthanen machen will, dagegen müssen wir uns verwahren. Zum Schluß möchte ich an alle Zahlstellen das Ersuchen richten, erst genau zu prüfen, ehe sie entscheiden. Ich erkläre mich aus den angeführten Gründen gegen die Vorlage.

Mannheim. **Alois Sotta.**

Anmerkung der Redaktion: Die vorgeschlagene Klasseneintheilung ist aus Gründen notwendig, die wir in Nr. 25 der „Gewerkschaft" ausführlich darlegten. Mit schönen Reden „von der Gleichheit aller Mitglieder u. s. w." kommen wir beim Besten nicht über eherne Thatsachen hinweg. Ergänzend wollen wir hierzu noch Folgendes bemerken: In städtischen Betrieben verschiedener Orte beschäftigt man Invaliden. Diese Personen kamen bei der Gemeinde-Verwaltung um Armenunterstützung ein, da sie aber noch einen geringen Grad von Arbeitsfähigkeit besaßen, wurden sie von der Gemeinde mit leichten Arbeiten gegen geringes Entgelt beschäftigt. Solche Invaliden sind zum Theil unserer Organisation beigetreten und haben wir zukünftig auch mit ihnen zu rechnen. — Wollen wir diesen Invaliden und den Pensionirten, die doch nur pensionirt wurden, weil sie dauernd krank sind, Krankenunterstützung gewähren, so müßten ganz enorme Beiträge gezahlt werden, da sonst die Krankenunterstützung aus finanziellen Gründen unmöglich ist. Diese Personen können also bei dem besten Willen nicht mit Krankenunterstützung bedacht werden, weil sie einfach immer krank sind! — Die Frage, ob mit den in der Vorlage festgesetzten Beiträgen auszukommen ist, hat schon Bürger in Nr. 25 beantwortet. Ferner — die Behauptung Sotta's, daß die Filiale Mannheim III seiner Zeit 66 Stimmen gegen die Vorlage bezüglich der Krankengeld-Zuschußkasse abgegeben hat, stimmt nicht mit dem eingesandten Abstimmungsresultat überein. In dem fraglichen Schriftstück, das sich heute noch in den Besitz des Verbandsvorstandes befindet, ist groß und deutlich zu lesen, daß **36** Stimmen gegen die Vorlage abgegeben wurden.

Sotta wundert sich ferner darüber, daß zukünftig 66⅔ pCt. an die Hauptkasse abgeführt werden sollen. Das ist uns etwas sonderbar. Sotta ist doch mit dem Verhältnissen in den anderen Verbänden vertraut und da dürfte er doch wohl wissen, daß fast in keiner anderen Organisation ein derartig geringer Prozentsatz an die Zentralstelle abgeführt wird, wie in unserem Verband. — Um die Hauptkasse leistungsfähiger zu machen — die Zeitung muß z. B. unbedingt zukünftig in größerem Umfange erscheinen — soll die Erhöhung des bisherigen Satzes eintreten.

*) Zu der Statutenvorlage sind uns eine ganze Reihe von Aufsätzen zugegangen. Wir können beim besten Willen nicht alle zum Abdruck bringen, weil uns hierzu erstens der Raum fehlt und weil zweitens in den Eingesandts verschiedene Wiederholungen vorkommen. Damit uns aber nicht nachgesagt werden kann, daß wir die Meinungsfreiheit der Interessenten beschränken, bringen wir das obige „Eingesandt" zum Abdruck. Verschiedene Behauptungen desselben sind bereits in Nr 25 der „Gewerkschaft" widerlegt resp. richtig gestellt worden. Bemerken wollen wir jedoch noch, daß obiges „Eingesandt" schon vor dem Erscheinen der Nr. 25 erschienen war. Die Redaktion.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **R. Fiebig, Berlin S. Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Bruno Poersch, Berlin W. 57, Bülowstr. 21,** Gartenhaus, prt. Sprechst. von 10—1 Uhr Vormittags. Sonn- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskassirer: **P. Posseckert, Berlin N. 58, Erenckowstr. 48.** Alle Korrespondenzen, Anfragen 2c., die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft" bestimmt, sind nur an den Verbandskassirer zu richten.

Geldsendungen für die „Gewerkschaft" gehen an Br. Poersch.

Vorsitzender des Ausschusses: **P. Schulz, Berlin S.O., Fankfurterstraße 20.**

Versammlungen.

Berlin II. (Kanalisations-Arbeiter.) Die Mitglieder-Versammlung vom 14. Dezember beschäftigte sich auch mit der Statuten-Vorlage. Es wurde folgende diesbezügliche Resolution angenommen:

„In Erwägung daß unser gegenwärtiges Statut erst seit dem 1. Januar 1901 besteht, nimmt die Filiale gegenüber der Statuten-Vorlage vorläufig einen ablehnenden Standpunkt ein; sie erwartet jedoch, daß die nächste Generalversammlung des Verbandes zu der Vorlage Stellung nimmt."

Außerdem wurde noch bekannt gegeben, daß am 8. Februar bei Fiebig, Gr. Frankfurterstr., ein Maskenball der Filiale stattfindet.

Berlin 14. (Städtische Depot-Arbeiter.) Eine Mitgliederversammlung tagte am 19. d. Mts bei Busch, Grenadierstr. 33. Nach der Protokoll-Verlesung gab Kolleze Damm eine kurze Darstellung über die Entstehung, den Zweck und Nutzen der Arbeiter-Ausschüsse. Da wahrscheinlich für die Depot-Arbeiter in absehbarer Zeit ein Arbeiter-Ausschuß errichtet werden wird, war sich die Versammlung darüber einig, daß nur organisirte Arbeitskollegen bei der event. Wahl als Kandidaten aufgestellt werden.

Mit Recht wurde über die von der Bauverwaltung beliebte Methode bei dem Entlassen resp. Aussetzen von Arbeitern bittere Klage geführt. Besonders war man sehr erregt darüber, daß auf den städtischen Stein-Depotplätzen die in Rixdorf und Vororten wohnenden Arbeiter in allen Stücken den Berliner Arbeitern vorgezogen würden. Anstatt das Aussetzen ablösungsweise zu regeln, müssen die Berliner gänzlich feiern, dagegen werden die in Rixdorf wohnenden Arbeiter voll beschäftigt. Zur Charakteristik wurde angeführt, daß bei den Kanalisationsbauten, die vor sechs Jahren in Rixdorf unternommen wurden, nur solche Arbeiter beschäftigt wurden, die auch in Rixdorf ansässig waren. Die Berliner Arbeiter, die bei den magistratlichen Unternehmern wegen Beschäftigung nachfragten, wurden mit der Begründung abgewiesen: „Es werden nur „Ansässige", in Rixdorf Steuern zahlende Personen, beschäftigt; die Berliner sollten nur Rixdorfer Bürger werden, dann hätten sie auch ein Anrecht auf Rixdorfer Kommunalarbeit." Man war der Ansicht, daß auch der Berliner Magistrat nach demselben Prinzip verfahren müsse, zumal besonders in Berlin die Arbeitsnoth unheimlich groß ist.

Des Ferneren wurde darüber geklagt, daß die sogenannten „Schneestunden" in der Regel von Rentenempfängern gemacht werden. Wenn auch der hierbei erzielte Verdienst nur gering ist, so hilft er doch die gänzlich Mittel- und Arbeitslosen etwas weiter. Die unteren Verwaltungsorgane scheinen dem Grundsatze zu huldigen: Wer da hat, dem wird gegeben, und umgekehrt.

Auch die Kolonnen-Eintheilung auf den städtischen Steindepots wurde abfällig kritisirt; sie wurde sogar als Ausbeutung der leistungsfähigen Arbeiter gekennzeichnet. Es sei Usus, daß die Aufseher aus den invaliden und rentenbeziehenden Arbeitern eine Kolonne bilden und nun dieser Kolonne II. Klasse einen jungen resp. leistungsfähigen Arbeiter einverleiben. Logischer Weise geht die Arbeit in der Kolonne nicht so von statten, wie die Arbeit derjenigen Kolonnen, die aus Arbeitern bestehen, die im Vollbesitz ihrer Kräfte sind. Das Taxirungsvermögen in der Arbeitsleistung scheint aber eine schwache Seite der unteren Beamten zu sein. Unter dem Hinweis: seht mal, die und die Kolonnen sind schon in der Arbeit viel weiter, wird die Kolonne zweiter Güte zur Mehrleistung angespornt. Die alten gebrechlichen Leute können aber in Folge ihrer Hinfälligkeit nicht flinker arbeiten, und nun kommt der Kern der ungerechten Eintheilung: Der einzige leistungsfähige Arbeiter, der der Kolonne beigegeben ist, fühlt sich in seiner Ehre als Arbeiter durch die Bemerkungen des Aufsehers gekränkt und arbeitet bis zur Erschöpfung mit doppeltem Eifer, um möglichst mit den anderen Kolonnen „Stange" zu halten. Ein Arbeiter muß demnach mehrere Arbeiter, wie man zu sagen pflegt, „durchflicken" *)

Zum Schluß wurden noch einige interne Verwaltungsangelegenheiten besprochen.

Dresden. Am 15. Dezember nahm die hiesige Filiale zu der neuen Statuten-Vorlage Stellung. Lischen referirte über dieselbe. Er schilderte zunächst das Entstehen der Krankengeld-Zuschußkasse, deren Entwickelung und Zusammenbruch. Redner meint, daß alles versucht werden mußte, um den Verband aus seiner gegenwärtigen heiklen Situation herauszubringen und empfiehlt den Mitgliedern, den Vorschlägen des Verbands-Vorstandes beizutreten. Freilich sei nicht zu verkennen, daß speziell für die Dresdner Mitglieder eine gewisse Verschlechterung eintreten würde. Unsere Lokalkasse gewähre bei 10 Pf. Extrasteuer pro Woche nach dreizehnwöchentlicher Karenzzeit vom zweiten Tage der Erwerbsunfähigkeit ab eine wöchentliche Krankenunterstützung von 5 Mk.

In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner gegen die Vorlage aus, da die Dresdner Filiale bei den vom Verbands-Vorstande vorgeschlagenen Sätzen sich verschlechtern würde. Auch wird die angeregte außerordentliche Generalversammlung des Verbandes für überflüssig gehalten.

Dann wurde noch die neue Betriebskrankenkasse, welche am 1. Januar 1902 in Kraft treten soll, in den Kreis der Erörterung gezogen. Besonders betonte man, daß die Verbandskollegen bei der Wahl der Vertreter auf dem Posten sein sollten. Die einzelnen Abtheilungen sollen für die Aufstellung der Kandidaten Sorge tragen. In „Verschiedenes" wurde wieder über den Poller Rothe bittere Klage geführt. Derselbe soll seine Leute in einer Weise behandeln, die aller Beschreibung spottet.

Magdeburg. In der letzten Mitgliederversammlung der Filiale III wurde dem Vorsitzenden und Kassirer 10 Mk und dem Schriftführer 5 Mk. für die bisherige Thätigkeit bewilligt. Zukünftig soll jedes Vorstandsmitglied 50 Pfg. pro Sitzung erhalten. Dann wurde noch die Statutenvorlage behandelt. Burkhardt, Riske, Nieter, Degen und Kuhlo beteiligten sich besonders an der bezüglichen Debatte. Eine Resolution des Kollegen Burkhardt, die sich gegen die Vorlage ausspricht, gelangte zur einstimmigen Annahme.

Magdeburg. Am 21. Dezember tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung der I. Filiale. Zunächst beschäftigte man sich mit der neuen Statutenvorlage. Kollege Burkhardt referirte über dieselbe. Seine Ausführungen waren gegen die Vorlage gerichtet und beantragte er folgende Resolution, welche auch einstimmig angenommen wurde:

„Die am 21. Dezember 1901 tagende Mitgliederversammlung der Filiale Magdeburg I protestirt ganz entschieden gegen die Urabstimmung betreffs der Einverleibung der staatlichen Arbeiter und gegen die ge-

*) Auch wir verurtheilen die gekennzeichnete Arbeits-Eintheilung, die den einzelnen Arbeiter körperlich aussaugt. Wir sind grundsätzlich der Ansicht, daß die Kommunen die heilige Verpflichtung haben, auch solchen Arbeitern, die theilweise in ihrer Leistungsfähigkeit behindert sind, leichte Beschäftigung zuzuweisen. Entschieden ist aber zu verlangen, daß dieser zweite Arbeitskörper gesondert von den „Vollarbeitern" zu beschäftigen ist. Die Red.

plante Unterstützungsweise und zwar aus folgenden Gründen: 1. Durch die Aufnahme der staatlichen Arbeiter würde unsere Organisation in Folge der vielen Maßregelungen verbluten. 2. ca. 70 Kollegen würden in Magdeburg rechtlos gemacht werden. 3. Die Kassenentbelung muß zu Zwistigkeiten unter den Mitgliedern führen. 4. Die vorgeschlagene Karenzzeit ist zu kurz und die Beiträge zu niedrig. Außerdem hält die Filiale Magdeburg I die Einberufung einer außerordentlichen General-Versammlung für dringend notwendig und protestirt lebhaft gegen die Bevormundung der Filialen, welche der Verbandsvorstand bezüglich der Urabstimmung ausüben will. Ferner muß die Filiale Magdeburg I es verurtheilen, daß der Verbandsvorstand dem Eisenbahnfiskus durch die Reisen von Poersch und Bürger so viel Geld in den Hals werfen will."

Im 2. Punkt der Tagesordnung wurden dem Vorsitzenden 20 Pf., dem Kassirer 10 und dem Schriftführer 5 Pf. pro Mitglied und Jahr als Entschädigung für ihre Thätigkeit bewilligt.

Anmerkung der Redaktion: In der Burkhardt'schen Resolution wird u. A. auch gegen die Bevormundung protestirt, die der Verbandsvorstand angeblich bei der Urabstimmung ausüben will. Dazu müssen wir Folgendes bemerken: Auch von Burkhardt kann man schließlich wohl verlangen, daß er bei seiner Opposition gegen die Statutenvorlage wenigstens mit ehrlichen Waffen kämpft. Erstens hat der Verbandsvorstand schon in Nr. 25 der „Gewerkschaft" erklärt, daß ihm jede Bevormundung der Filialen betreffs der Urabstimmung vollständig fern liegt und zweitens wurde Burkhardt bereits am 15. Dezember benachrichtigt, daß die Urabstimmung auf unbestimmte Zeit vertagt ist, also nicht in Gegenwart der Vertreter des Verbandsvorstandes stattfindet. Trotzdem stellt Burkhardt aber seine Behauptung von der angeblichen Bevormundung der Filialen bei der Urabstimmung noch am 21. Dezember auf! Eine solche Kampfesweise, die mit den verwerflichsten Mitteln gegen die Vorlage Stimmung macht, kann man gerade als besonders anständig nicht bezeichnen. — Dann soll ferner der Verbandsvorstand dem Eisenbahnfiskus durch die geplanten Reisen von Bürger und Poersch bedeutende Gelder unnütz in den Hals werfen! Verlangt Burkhardt etwa, daß sich die Delegirten bei der von ihm besonders befürworteten außerordentlichen General-Versammlung des Verbandes per Fuß nach dem Tagungsorte derselben hinbegeben sollen?! Jeder Delegirte ist doch nicht im Besitze eines Fahrrades wie Burkhardt!! Bei einer außerordentlichen Generalversammlung würde der Eisenbahnfiskus mindestens zehn Mal soviel an Fahrgeldern erhalten, wie bei den Reisen von Bürger und Poersch. Wo bleibt denn da die Logik, mein lieber Burkhardt?!

Aus den Gemeinden.

Die städtischen Laternenwärter von Berlin sollen nun endlich nach jahrelangem Drängen eine Lohnzulage vom 1. April 1902 erhalten. Nach den Mittheilungen des Beleuchtungs-Inspektors, welche derselbe den Arbeiter-Ausschußmitgliedern machte, stellen sich die zukünftigen Monatslöhne folgendermaßen:

	jetzt:	zukünftig:
Reservelente	60 Mk.	66 Mk.
1. Klasse	66 „	70 „
2. „	70 „	75 „
3. „	75 „	80 „

Das Stiftungsfest der Zahlstelle IV der städtischen Arbeiter verlief programmmäßig. Es wurde um 4 Uhr durch eine Kinderbescheerung eröffnet. Von der großen Schaar der Kinder erhielt ein jedes eine Tute mit Aepfeln, Nüssen und Konfekt und konnte man an den fröhlichen Gesichtern der Kleinen ersehen, daß ihnen die Geschenke willkommen waren. Um 6 Uhr, um welche Zeit der programmmäßige Anfang des Festes festgesetzt war, war der geräumige Saal des „Prinz Max" dicht besetzt, sodaß sehr viele Mitglieder und Freunde leider umkehren mußten. Der Vorsitzende, Kollege Rothkirch, eröffnete mit einer kleinen Ansprache das Fest und sprach den Dank aus für das zehnjährige Erscheinen. Die zehnjährige Sepaie Schwitzer trug dann in ganz verständnißvoller Weise einen Prolog „Weihnachten" vor. Sodann wechselten Kasperspiel mit Violinbegleitung der Kollegen Winterauer und Genossen, sowie komische Vorträge des Herrn Appel ab, bis um 7 Uhr Genosse Frank die Rednertribüne betrat, um in halbstündiger, zündender Rede die Zwecke und Ziele der Organisation zu beleuchten. Er führte u. A. aus, daß die Organisation sowohl im Interesse der Arbeitgeber, hier die Stadtgemeinde, als auch im großen Interesse der Arbeiter liege und daß, wenn die Arbeiter alle einig und richtig organisirt wären, Vieles besser wäre. Redner schloß mit einem energischen Appell an die Arbeiter, die Segnungen der Organisation nicht zu verschmähen und ihr nicht aus ganz kleinlichen Ursachen den Rücken zu kehren. Ein Theaterstück „Eine Frau mit Vorurtheilen", Schwank in einem Akt, das von den Kollegen Schweizer, Edelmann, Bauder, Sotta und Behrens jun., sowie von Frau Edelmann und Frl. Hertsch sehr flott gespielt wurde, hielt dann längere Zeit die Festtheilnehmer in gehobenster Stimmung. Bald darauf betrat Herr Arbeitersekretär Kaysenstein die Rednertribüne. Er ergänzte die Worte des Vorredners durch besondere Hervorhebung der Macht der Organisation. Die Festtheilnehmer waren noch in vergnügter Stimmung bis gegen 10 Uhr beisammen. Die Arbeiter haben mit dieser Feier bewiesen, daß sie es verstehen, einen gemüthlichen Abend nach der Arbeit im Kreise ihrer Familien und Bekannten in würdiger Weise zu feiern.

Briefkasten.

Mehrere eingesandte Notizen ꝛc. mußten für die nächste Nummer zurückgelegt werden, da einmal wegen der Feiertage und des Umzuges wir nicht genügend Zeit zur Bearbeitung derselben hatten, andererseits es aber auch an dem nöthigen Raum fehlte.

Die Redaktion.

Berichtigung.

In dem Eingesandt des Kollegen Nikl, welches wir in Nr. 25 brachten, befinden sich einige Unrichtigkeiten. Einmal soll es im Absatz 3 nicht heißen: „die Krankenunterstützung ist überhaupt genügend", sondern „geeignet". Ferner nicht 80 und 20 Pf., sondern 80 und 20 pCt.

In der Abrechnung pro 3. Quartal (siehe die Tabelle in Nr. 26 der „Gewerkschaft") muß es in der Abrechnung der Filiale Berlin IV (Markthallen-Arbeiter) heißen: Sonstige Einnahme 38,55 Mk.

Erklärung
in Sachen der Statuten-Vorlage.

In einigen Filialen ist die Meinung verbreitet, daß der Verbands-Vorstand nach der eventuellen Annahme der Statutenvorlage sofort beabsichtigt, die im Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter zu gewinnen. — Daher sieht sich der Verbands-Vorstand veranlaßt, folgendes bekannt zu geben:

Der Verbands-Vorstand erklärt, daß zwar in seinen Sitzungen die Frage der Aufnahme der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter wiederholt gestreift worden ist, irgend welche Beschlüsse dieserhalb aber nicht gefaßt wurden. Er erklärt weiter, daß er ohne Zustimmung der Mitglieder auch künftig keine Staatsarbeiter mit Ausnahme der von den Republiken Hamburg, Bremen und Lübeck beschäftigten aufnehmen wird.

Der Verbands-Vorstand.
J. A.: Br. Poersch.

Erklärung.

Der Verbandskollege O. Zielcke-Berlin fühlt sich dadurch beleidigt, daß ich angeblich gesagt haben soll, seine Opposition gegen die Zusammenlegung der Berliner Lokalbureaus mit der Geschäftsstelle des Verbands-Vorstandes sei unlauteren Motiven entsprungen. Dem gegenüber muß ich erklären, daß es mir nie eingefallen ist, von unlauteren Motiven zu sprechen; ich habe nur betont, daß mir der Standpunkt Zielcke's als „kleinlich" erscheint. Das ist aber etwas ganz anderes als unlauter.

Br. Poersch.

Versammlungs-Anzeiger.

Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Aenderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Berlin I. (Auftrit Müllerstraße.) Donnerstag, den 30. Januar.

Berlin I a. (Auftrit Danziger Straße.) Dienstag, den 14. Januar, bei Herrn Prentzlauer Allee (Bahnhof Prenzlauer Allee), Abends 8 Uhr.

Berlin I b. (Auftrit Bunchnerstraße.) Dienstag, den 28. Januar, Kottbuser Damm 33 bei Gottlich.

Berlin II. (Kanalisations-Arbeiter). 11. Jan. 1902. Dragonerstr. 15. Abends bald 8 Uhr.

Berlin III. Mitglieder-Versammlung jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, Vormittags 9½ Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.

Berlin IV. (Desinfektoren. Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Wildgrube, Muskauerstr. 31, Abends um halb 9 Uhr.

Berlin V. (Markthallen-Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Matt, Dragonerstr. 16, Nachmittags halb 6 Uhr.

Berlin VI. Zahlstelle Judenstr. 36 bei Korichel.

Berlin VII. (Vieh- und Schlachthofarbeiter). Jeden Dienstag nach dem 15. des Mon. 10. Frankfurter Allee 174.

Berlin VIII. (Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes). Sonntag nach dem 15. bei Buske, Grenadierstr. 33.

Berlin IX. (Arbeiter der Revier-Inspektionen ꝛc.) Jeden Donnerstag nach dem 15. bei Buske, Grenadierstr. 33.

Berlin X. (Arbeiter des Rohrsystems der Gaswerke). Alle Sonnabend nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XI. (Krankenhäuser.) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Gneisenauerstr. 15, „Gewerkschaftshaus", 1 Treppe, Zimmer 16.

Berlin XII. (Arbeiter der nördl. Kieselfelder.) Jeden Sonntag nach dem 15. in Weißensee, Rennbahnstraße bei Gottling, Nachmittags 2 Uhr.

Berlin XIV. (Steinarbeiter.) Jeden Donnerstag nach dem 15. Abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.

Bremen. Am 2. Sonntag jeden Monats im Vereinshaus Hankstr.

Breslau. Mitglieder-Versammlung jeden letzten Dienstag im Monat, im „Gewerkschaftshause", Margarethenstr. 1.

Dresden. Die Versammlungen werden in der „Arbeiter-Ztg." oder durch Flugzettel bekannt gegeben. Vertrauensmann: J. Wischen, Schuppenstraße 24, p. r.

Friedrichshagen. 21. Januar, Friedrichstr. 61, Abends 8 Uhr.

Hamburg. Mitgliederversammlung jeden dritten Donnerstag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Schoff, Marktstraße 48.

Königsberg i. Pr. Jeden 1. Montag im Monat, Abends halb 9 Uhr in der Phönixhalle.

Magdeburg I. (Hafenarbeiter). Jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats bei Meyer, Moritzstr. 88.

Magdeburg III. Jeden 1. Sonnabend im Monat, Knochenhauerufer 28, Abends 8 Uhr.

Mainz. Jeden 1. Sonntag im Monat, Nachmittag, Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Zur Wang", Blaffenstraße.

Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, bald 7 Uhr Abends bei Bitterwolf, K. 3, Nr. 6.

Mannheim III. Versammlung jeden 2. und 4. Sonntag im Monat. Nach 3 Uhr, im Lokal „Prinz Max", H. 3. 3. bei Lemmer.

Mannheim IV. Alle 14 Tage nach der Zahlung Versammlung, bei Schmitt, S. 1. 3, Breitestraße. An jedem Zahltag beziehungsweise Beitragsentrichtung.

München. (Sektion Wasserbau.) Mitglieder-Versammlung jeden 2. Sonntag im Monat im Gasthaus „Zur Weyer", Maxjosephsplatz 4a.

Nürnberg. Jeden 2. Sonntag im Monat findet die Mitglieder-Versammlung in unserem Verkehrslokal Rechtsanwalt Martin Behaim statt. Jeden 1. Dienstag im Monat findet im selben Lokale die Verwaltungssitzung statt.

Pforzheim. Jeden 1. Dienstag im Monat Mitgliederversammlung im „Goldenen Löwen".

Riesdorf. Dienstag, den 21. Januar bei Brehler, Heidestr. 69.

Stettin. Alle Sonntag nach dem 1. jeden Monats bei Stellmacher, Bismarckstraße.

Stuttgart. Jeden 1. und 2. Samstag im Monat, 8 Uhr Abends, zum „Lerchen".

Schmargendorf. Am 18. Januar in Zimmerodorf, Augustastr. 1 bei Strunk.

Achtung!
Mitglieder der Filiale Berlin III.
(Wasserwerks-Arbeiter.)

Unsere Mitglieder-Versammlung vom 19. Januar fällt wegen der kombinirten Versammlung aus.

Der Vorstand.

Mitglieder der Berliner Baugenossenschaft!

Genossen, welche sich für die weitere Entwickelung unseres Unternehmens interessiren, werden gebeten, sich am **Donnerstag, den 16. Januar,** Abends 8½ Uhr, bei **Fuske, Grenadierstr. 33,** wegen einer Besprechung unserer Fragen einfinden zu wollen.

Der Vorstand.
Bruno Poersch. E. Damm.

Mitglieder der Filiale Berlin 1A.
(Danzigerstraße.)

Unsere Filiale faßte seiner Zeit den Beschluß, eine Extrasteuer von 40 Pfg. pro Mitglied für den Glasarbeiterstreik zu erheben. Ein Theil der Mitglieder hat diese Extrasteuer noch nicht entrichtet. Dieselben werden hierdurch aufgefordert, ihrer Verpflichtung baldigst nachzukommen.

Der Vorstand.

Bau- und Sparverein
der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten. E. G. m. b. H.

Wir nehmen von Mitgliedern und Nichtmitgliedern, sowie von Vereinigungen ꝛc. jeder Zeit **Spargelder** entgegen. Sämmtliche Einzahlungen werden mit 3½ pCt. verzinst.

Unsere Geschäftsstelle befindet sich jetzt: **Berlin W., Bülowstr. 21.** Sprechstunden von 11—1 Uhr.

Der Vorstand.
Bruno Poersch. E. Damm.

Achtung! Achtung!
Verband aller in Gemeinde-Betrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.

Das **Sekretariat der Filialen Berlins und Umgegend** befindet sich

W. 57, Bülowstr. 21, Gartenhaus pt.

Telephon: Amt IX, Nr. 6488.

Sprechstunden: **Wochentäglich Vormittags 11—1 Uhr, Mittwoch Abends von 6—9 Uhr.**

Auskunft in allen Fragen des **Arbeitsverhältnisses** und der **Arbeiterversicherung** sowie **Anfertigung** von **Schriftstücken** jeder Art zur **Gesuche, Ansprüche, Petitionen** ꝛc. für unsere **Verbandsmitglieder.**

Zuschriften, welche sich auf die örtlichen Verhältnisse Berlins und Umgegend beziehen, sind an den Sekretär des Bureaus, **Herm. Schubert,** zu richten.

Filiale Tegel.

Unserem Verbands- und Arbeitskollegen **August Stange** zu seiner am 14. Januar stattfindenden silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

J. A.: **Der Vorstand.**

Filiale Dresden.

Am **Sonnabend, den 25. Januar,** Abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Albrechtstr. 41:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die neue Statuten-Vorlage. Referent: **Bruno Poersch-Berlin.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Vertrauensmann.

Jeden erhält der erste Band dem

Die Erde und das Leben.

Eine vergleichende Erdkunde
von Professor Dr. Friedrich Ratzel.

Mit etwa 400 Abbildungen und Karten im Text, 50 Kartenbeilagen und 40 Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt und Tonätzung.

2 Bände in Halbleder gebunden zu je 17 Mark.

Illustrirte Prospekte sind kostenfrei durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Verantw. Redakteur: Br. Poersch, Berlin W., Bülowstr. 21.
Druck von Maurer & Dimmick, S., Luisen-Ufer 11.